

Statt dessen werfen einige Verblendete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vieljähriger, opfervoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren.

Schützt die Partei! Schließt die Reihen!

Der Parteivorstand.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Der Parteiausschuß.

Die Beschlüsse des Parteiausschusses.

Dieser Aufruf ist im Parteiausschuß beschlossen worden, der am 27. März in Berlin getagt hat. Es ist zu nachfolgenden Beschlüssen gekommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen D a s e in der letzten Sitzung des Reichstages und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit.

Damit wird das Vertrauen der Massen in unserer Partei aufs schwerste erschüttert. Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswille nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann. Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen. Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifraktionen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen. Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiterführt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß sich ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziele, die Gesamtpartei zu bekämpfen. In Übereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß: In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierfüllung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. (Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. (Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reiche Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren. (Gegen drei Stimmen angenommen.)

Der „Vorwärts“ bringt den Aufruf gleichfalls an erster Stelle; er ist dazu als Zentralorgan verhalten. Doch antwortet er sogleich, indem er, wohl maßvoll in der Form, doch höchst entschieden im Inhalt, den Aufruf heftig bekämpft. Wie aus Berlin gemeldet wird, erläßt die neue sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine Gegenerklärung, in der es heißt: Nachdem wir tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt worden sind, bleiben wir zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt und vertreten die Partei. Wir richten an die Parteigenossen die dringende Aufforderung, sich im Rahmen unseres Organisationsstatuts weiter zu betätigen.